

Soziale Marktwirtschaft im Sog des Finanzkapitalismus

Vorwort

(von Ernst-Ludwig Drayß, Vorsitzender des Vorstandes der Berlin & Co AG)

Eine finanzwirtschaftliche Ära geht zu Ende. Seit Beginn der achtziger Jahre gab es ausgehend von den USA ein überproportionales Wachstum der Finanzindustrie, welches gleichermaßen von einer Politik des billigen Geldes und einer radikalen Deregulierung getrieben wurde und zu einer explosiven Schaffung von Finanzinnovationen führte. Die Folge war ein auf Kredit gebauter, einzigartiger Finanz-Boom mit stark steigenden Preisen von Vermögenswerten, in dem zunehmend die Risiken aus den Augen verloren wurden - auch infolge der Möglichkeit, Risiken einfach zu versichern oder weiter zu verkaufen. Der Endinvestor war oft nicht in der Lage, das zugrundeliegende Risiko überhaupt zu erkennen. Wie ein "Schneeballsystem" stürzt derzeit diese Pyramide in sich zusammen und nur mit massiven staatlichen Eingriffen ist eine Implosion des globalen Finanzsystems offenbar zu verhindern.

Die Folge ist wahrscheinlich eine länger anhaltende Rezession in den USA und anderen Industrieländern bzw. eine starke Wachstumsabschwächung der gesamten Weltwirtschaft. Wann die "negative Spirale" gestoppt werden kann, vermag wohl niemand zu prognostizieren. Sicher dürfte sein, dass eine Neuordnung der Finanzwirtschaft mit massiven staatlichen Regularien bevorsteht. Zudem verschieben sich die Machtverhältnisse auf der Welt zu Lasten der USA.

Offensichtlich haben Politiker und Finanzfachleute das Ausmaß der Krise lange unterschätzt. So wurde noch Ende September 2008 die Finanzkrise von der deutschen Regierung als ein „vor allem amerikanisches Problem“ kommentiert und der Wunsch nach einer Beteiligung an dem US-Rettungspaket für notleidende Banken abgelehnt. „Jeder kehrt vor seiner Tür“, ließ der deutsche Wirtschaftsminister vermelden. Innerhalb kürzester Zeit jedoch hat sich das Stimmungsbild geändert und das wahre Ausmaß der Finanzkrise mit ihren weitreichenden Folgen wird immer offensichtlicher. Die Finanzkrise „ist das Resultat eines brüchigen Regelsystems, eines institutionellen Bündels aus Gesetzen, hegemonialen Diskursen und doktrinären Mythen“, während sie in der Öffentlichkeit oberflächlich der Gier, also dem verantwortungslosen, nicht-tugendhaften Handeln individueller Finanzakteure zugeschrieben wird, kommentiert der bekannte Wirtschaftsethiker Friedhelm Hengsbach.

Während jetzt in einer Reihe von „Weltfinanzgipfeln“ über die „neue Ordnung“ und neue Rahmenbedingungen für den globalen Finanzmarkt diskutiert wird, soll der vorliegende Auszug aus dem Beitrag von Friedhelm Hengsbach „Soziale Marktwirtschaft im Sog des Finanzkapitalismus?“ zum Verständnis der Wurzeln der Krise und den Möglichkeiten vorbeugender Regeln, die der Stabilisierung der Finanzmärkte dienen, beitragen.

„Soziale Marktwirtschaft im Sog des Finanzkapitalismus ?“

Auszug aus einem Beitrag von Friedhelm Hengsbach SJ
„Soziale Marktwirtschaft im Sog des Finanzkapitalismus ?“,
Frankfurt am Main, Oktober 2008
Oswald von Nell-Breuning Institut für Wirtschafts- und Gesellschaftsethik

„Finanzkapitalismus“

Der Finanzkapitalismus lässt sich als eine diffuse Konstellation aus vier charakteristischen Merkmalen umschreiben: Erstens überwiegen die Märkte für Wertpapiere und Derivate, auf denen authentische Informationen gesendet und empfangen werden. Die Kreditvergabe der Banken und die Ausstattung von Unternehmen mit Investitionskapital tritt gegenüber der Finanzierung von Fusionen oder einer freundlichen bzw. feindlichen Übernahme von Unternehmen als Kapitalanlage in den Hintergrund. Zweitens bestimmen institutionelle Anleger - Großbanken, Versicherungskonzerne, Investmentgesellschaften, Finanzinvestoren - das Marktgeschehen. Drittens spielen doktrinaire Leitbilder oder Mythen eine beherrschende Rolle. Der Selbststeuerung der Märkte wird beispielsweise eine reinigende und heilsame Kraft unterstellt. Die Kursbewegungen, so wird vermutet, spiegeln authentische Informationen über gegenwärtige und zukünftige Risiken. Die Unternehmen, so wird angenommen, seien in erster Linie als Kapitalanlage der Anteilseigner zu verstehen, deren Interessen die Manager ausschließlich zu bedienen hätten. Unter den imaginären Referenzwerten ragt der "shareholder value" heraus. Diese segmentäre Finanzkennziffer bildet den Gegenwartswert saldierter zukünftiger Zahlungsströme des Unternehmens ab, gibt Auskunft über dessen Vermögenswert und spiegelt sich im Börsenkurs des Unternehmens. Sie hat frühere Maßstäbe des Unternehmenserfolgs verdrängt, die im Unternehmer- bzw. Managerkapitalismus in Geltung waren. Viertens hat die monetäre Sphäre die Tendenz, sich mehr und mehr von der realwirtschaftlichen Sphäre abzulösen.

Explosive Expansion

Zwei Wellen einer extremen Expansion des Finanzkapitalismus lassen sich identifizieren. Zum einen ist 1973 mit der Aufkündigung des Bretton-Woods-Währungssystems eine 30 Jahre währende Epoche relativer Finanzstabilität beendet worden. Diese Stabilität war durch das System fester, anpassungsfähiger Wechselkurse garantiert. Gleichzeitig konnten auftretende Zahlungsbilanzdefizite der Länder kurzfristig durch Kredite des Internationalen Währungsfonds überbrückt werden. Mit der Flexibilisierung der Wechselkurse war eine drastische Abwertung des US-\$ verbunden. Um die abwertungsbedingten Einkommensverluste auszugleichen, setzten die ölexportierenden Länder eine massive Erhöhung des Rohölpreises durch. In der Folge sind riesige grenzüberschreitende Einkommensströme bewegt worden. Die gleichzeitig auftretenden Wechselkursschwankungen mussten privat abgesichert werden. Um solche Risiken abzusichern, haben international operierende Finanzunternehmen ihre Dienste angeboten. So haben sich grenzüberschreitende Finanzgeschäfte explosiv vermehrt.

Eine zweite Welle der Expansion lässt sich in der Mitte der 1990er Jahre verorten. Junge Unternehmer, die über eine hohe informationstechnische Kompetenz verfügten, kündigten eine Revolution an, die in der Lage war, nicht bloß Handfertigkeiten oder Muskelkraft von Menschen durch technische Systeme zu ersetzen, sondern menschliche Intelligenz selbst. Die "neue Wirtschaft" (New Economy) löste zuerst in den USA und danach weltweit eine Dynamik aus, die alle bisherigen ökonomischen Regeln außer Kraft zu setzen schien. Da die konventionellen Geschäftsbanken sich

reserviert verhielten und ihnen Investitionskredite häufig verwehrt, präsentierten sie ihre Visionen den börsennotierten Kapitaleignern, die bereit waren, ihnen das benötigte Kapital zur Verfügung zu stellen. Die imaginäre Selbstdarstellung der jungen Unternehmer und das großzügige Vertrauen der Kapitaleigner haben eine von den Börsenkursen getriebene realwirtschaftliche Belebung angestoßen, die bis zum Platzen der spekulativen Blase im Jahr 2000 währte. Danach scheint der Finanzkapitalismus mit dem Auftreten von Finanzinvestoren auch in Deutschland angekommen zu sein.

Attraktivität

Im Vergleich mit der Dynamik der US-amerikanischen Wirtschaft während der 1990er Jahre galt die deutsche Wirtschaft als global nur begrenzt wettbewerbsfähig. Begründet wurde diese empirisch kaum belegbare öffentliche Meinung mit dem rückständigen Finanzstil der personellen und finanziellen Verflechtung der wirtschaftlichen Führungseliten in den Geschäftsbanken und Unternehmen, die eine unternehmerische Dynamik und Innovation ausbremste. Die Konzernmanager der so genannten "Deutschland AG" protegierten sich wechselseitig, seien risikoscheu und behäbig, häuften nach den Regeln vorsichtiger Bilanzierung stille Reserven an, hielten Immobilien, die nicht betriebsnotwendig seien, verwendeten ineffiziente Kennziffern und seien deshalb fehlgesteuert. Die entstandenen Mischkonzerne seien unüberschaubar und nicht mehr steuerbar, sie hätten eine niedrige Verschuldungsquote und überschätzten die Selbstfinanzierung. Vor allem behandelten sie die Gewinnansprüche der Aktionäre als einen lästigen Restposten der Gewinn- und Verlustrechnung, nachdem die Einkommenserwartungen der Belegschaften, der Banken, des Staates und der Manager bedient seien. Da die deutschen Unternehmen sich als Personenverband begreifen, in dem die Interessen aller, die sich im Unternehmen engagieren, berücksichtigt werden, und nicht als eine Kapitalanlage der Anteilseigner, seien sie weniger dynamisch und profitabel. Infolgedessen seien auch die deutschen Kapitalmärkte völlig unterentwickelt. Es fehlten Finanzinvestoren, etwa "Kapitalbeteiligungsgesellschaften" (Private Equity), die jungen und innovativen Unternehmen so genanntes Wagniskapital zur Verfügung stellen, das sie von Banken, Versicherungen, Pensionsfonds, Immobiliengesellschaften, Stiftungen oder einzelnen Geldgebern eingesammelt haben. Außerdem fehlten "Kurssicherungsfonds" (Hedge Fonds), die sowohl Finanzanlagen gegen unwägbarere Kursschwankungen absichern als auch eine von der Markt- und Kursentwicklung unabhängige, überdurchschnittliche Rendite zusichern, die sie börsennotierten Unternehmen zur Verfügung stellen.

Die Anziehungskraft der Kapitalmärkte wurde auch mit dem Lehrbuchwissen begründet, das deren positive Funktion in leuchtenden Farben ausmalt. Sie vermitteln angeblich zwischen Sparern und Investoren, lenken das Kapital in diejenige Verwendung, aus der eine optimale Verzinsung zu erwarten ist. Sie bewerten verschiedene Vermögensformen und ermöglichen damit den Anlegern, Finanztitel nach den eigenen Präferenzen der Sicherheit oder des Risikos zusammenzustellen. Die Risiken werden auf diejenigen verteilt, die sie am besten tragen können und wollen. Globale Geld- und Kapitalmärkte gestatten den Zugriff auf das Kapital jenseits nationaler Grenzen und überwinden die Barriere, die den Investoren durch das heimische Sparvolumen markiert ist. Internationale Finanzmärkte erzwingen einen dynamischen Wettbewerb zwischen weltweit operierenden Anlegern, Investoren und Banken. Sie sind selbststeuernd und effizient. Die Signale der Finanzmärkte sind sogar ein wirksames Instrument, um nationale Regierungen zu einer "vernünftigen" Wirtschaftspolitik zu nötigen. In dieser Wächterfunktion treten sie gar als fünfte Gewalt in der Demokratie auf.

Diese positive Funktionsbeschreibung konvergierte mit einer auch in Deutschland veränderten Geldfunktion, die für die USA seit langem zu beobachten war. In der unmittelbaren Nachkriegszeit nämlich diente das Geld vorrangig dazu, den

Gütertausch zu erleichtern. Mit der allgemeinen Anhebung des materiellen Wohlstands und insbesondere mit einer seit Mitte der 1970er Jahre erkennbaren Spreizung der Einkommens- und Vermögensverteilung trat neben die Tauschmittelfunktion die Geldfunktion des Wertspeichers, des Vermögens. Geld als Vermögen höchster Liquidität konkurriert nun mit anderen Vermögensarten wie Immobilien, Anlagen und langfristigen Gebrauchsgütern. Die Ersparnisbildung wird zunehmend für die private Vorsorge gegen den Eintritt individueller und gesellschaftlicher Risiken verwendet, um die brüchig gewordene gesetzlich-solidarische Absicherung zu ergänzen.

Die konservativ-liberale Regierung unter Helmut Kohl und die rot-grüne Koalition unter Gerhard Schröder haben in drei Dimensionen die Schleusen für die Unterspülung der so genannten Deutschland AG selbst geöffnet. Erstens gaben sie mit ihren finanz- und steuerpolitischen Entscheidungen dem öffentlichen Meinungsklima nach und machten sich die Erwartung zu eigen, dass der Standort Deutschland bereits aufgewertet werde, sobald die dominante Stellung der Banken geschwächt und deren Beteiligungen an den Industrieunternehmen begrenzt oder ganz aufgelöst würden. So liberalisierten sie bereitwillig den Kapitalmarkt und ebneten dem Engagement der Finanzinvestoren den Weg nach Deutschland. Mehrere Finanzmarktförderungsgesetze dämmten die Macht der Banken ein und stellten den rechtlichen bzw. politischen Rahmen auf die wirtschaftlichen Aktivitäten der Finanzinvestoren ein. Mit dem Investmentgesetz wurden 2004 Kurssicherungsfonds (Hedge Fonds) in der Form öffentlich gehandelter Dachfonds zugelassen. Die Gewinne, die Banken und Versicherungen aus dem Verkauf ihrer Unternehmensbeteiligungen erzielten, sollten steuerfrei sein. Die Kapitalbeteiligungsgesellschaften wurden von der Finanzverwaltung als "rein vermögensverwaltend" eingestuft. Sie gelten nun gemäß der Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs nicht als "gewerblich", also steuerpflichtig, sondern als "steuertransparent" und somit weitgehend steuerfrei.

Zweitens hat die hohe Verschuldung der öffentlichen Haushalte und die stetige Neuverschuldung, die von der konservativliberalen, rot-grünen und großen Koalition hingenommen wurde, auf allen Ebenen der öffentlichen Haushalte dramatische Finanzierungsengpässe erzeugt. Denen sind die Finanzminister oder Kämmerer oft nur dadurch entkommen, dass sie öffentliche Vermögen und Unternehmen sowie Sozialwohnungen privatisiert haben, um finanziell wenigstens kurzfristig entlastet zu werden und politische Handlungsspielräume wieder zu gewinnen. Für Finanzinvestoren eröffnete sich dadurch ein weites und auf Dauer profitables Betätigungsfeld. Drittens hat die als Jahrhundertwerk inszenierte, in mehreren Stufen beschlossene Steuerreform, wie sich im Nachhinein herausstellt, die vermeintlichen Leistungsträger im Bereich der Höherverdienenden tendenziell entlastet, während den breiten Bevölkerungsschichten die Massensteuern, darunter die Mehrwert- und die Verbrauchsteuern sowie die Abgaben und Gebühren auferlegt worden sind. Viertens sind die solidarischen Sicherungssysteme deformiert worden, indem die Absicherung gesellschaftlicher Risiken tendenziell der privaten, kapitalgedeckten Vorsorge überantwortet wurde. Solche politischen Optionen haben den Umbau eines bankengestützten Finanzstils in einen kapitalmarktgetriebenen Finanzstil vorangetrieben und den Sog des Finanzkapitalismus auf die "soziale Marktwirtschaft" verstärkt.

Funktionsdefizite

Der real existierende Finanzkapitalismus unterscheidet sich indessen erheblich vom Lehrbuchwissen, von den Verheißungen der Finanzexperten und von den Erwartungen der Politiker. Die Preise für Aktien, langfristige Schuldtitel und Derivate werden häufig von subjektiven und kurzfristigen Erwartungen sowie von imaginären Selbstinszenierungen der Akteure bestimmt. Folglich spiegeln sich in den aktuellen Kursnotierungen an der Börse nicht die künftigen Risiken verbriefteter Forderungen. Die

Börsen sind eher ein Markt der Gerüchte als der wirksamen Kontrolle langfristig erfolgreicher Unternehmen. Der Handel mit Wertpapieren rückt in den Vordergrund, die Erstausrüstung von Unternehmen mit Kapital tritt in den Hintergrund. Die Finanzierung von Megafusionen spielt eine größere Rolle als der Börsenzugang kleiner und mittlerer Unternehmen. Das Finanzkapital flutet in der monetären Zirkulation, während es investierenden Unternehmen vorenthalten bleibt. Finanzinvestoren, nämlich Kapitalbeteiligungsgesellschaften und Kurssicherungsfonds stellen nur im günstigen Fall kleinen und mittleren Unternehmen Investitionskapital zur Verfügung, im ungünstigen Fall kaufen und verkaufen sie diese als reines Renditeobjekt, plündern sie aus oder zerschlagen sie. Die globalen Finanzmärkte sind von Macht- und Informationsasymmetrien bestimmt. Institutionelle Großanleger, nämlich Großbanken, Versicherungskonzerne und Investmentfonds im Verbund mit Rating-Agenturen und Analysten haben höhere Chancen, bedeutsame Informationen zu gewinnen, weiterzuleiten und zu beeinflussen, als atomisierte Kleinaktionäre. Da die Risikoeinstufungen vom Urteil und den Entscheidungen weniger Meinungsführer dominiert werden, sind kollektive blinde Flecken, Stimmungsumschwünge und Herdenverhalten unvermeidlich. Flatterhafte Kurse auf den Wertpapier- und Devisenmärkten, übertriebene Höhenflüge, spekulative Blasen und plötzliche Kurseinbrüche sowie offensive Attacken gegen einzelne Währungen lösen in regelmäßigen Abständen Banken- und Währungskrisen aus, die verheerende Auswirkungen auf die Realwirtschaften haben. Noch wirksamer ist das Machtgefälle der hegemonialen Leit- oder Ankerwährungen gegenüber den nicht konvertierbaren Währungen. Deren Regierungen flüchten sich eher in eine "Dollarisierung" oder "Euroisierung" ihrer Währungen, als dass sie Zinsaufschläge für das Abwertungsrisiko ihrer Währungen hinnehmen.

Die jüngste, seit 35 Jahren schärfste Krise des Finanzkapitalismus, die Immobilien-, Kredit-, Banken- und Finanzkrise wird oberflächlich der Gier, also dem verantwortungslosen, nichttugendhaftem Handeln individueller Finanzakteure zugeschrieben. Tatsächlich jedoch ist sie das Resultat eines brüchigen Regelsystems, eines institutionellen Bündels aus Gesetzen, hegemonialen Diskursen und doktrinären Mythen. Beispielsweise wurden die Wertpapierhändler durch die Vergütungssysteme der Investmentgesellschaften dazu angeleitet, die Verkettung von kurzfristigen Renditen und langfristigen Risiken zu missachten. Außerdem wurden riskante Kredite, indem man sie strukturiert verbrieft, differenziert bündelte, erneut zerlegte und kombinierte, unüberschaubar gemacht und gutgläubigen Handelspartnern weiter gereicht. Im Schatten oder gar außerhalb der regulären Bilanzen wurden sie in Zweckgesellschaften vor der Bankenaufsicht und -kontrolle versteckt. Als das wahre Ausmaß der Krise bereits zu ahnen war, blieben die Finanzexperten dabei, abzuwiegeln. Sie vertrauten darauf, dass Geschäfts- und Kreditrisiken, die ein einzelnes Institut treffen oder angrenzende Finanzunternehmen derselben Sparte eventuell infizieren würden, beherrschbar blieben. Dass diese jedoch im ganzen Finanzsystem ein Beben auslösen könnten, das realwirtschaftliche Wachstum weltweit absenken und so den Wohlstand ganzer Bevölkerungsgruppen gefährden, lag außerhalb ihres Blickwinkels, der wohl nur für Ereignisse innerhalb der monetären Sphäre hinreichend scharf ist.

Ethische Finanzarchitektur

Es gibt hinreichende Anzeichen, dass situative Deutungsmuster und normative Leitbilder, die sich in Deutschland des Etiketts "soziale Marktwirtschaft" bedienen, fahrlässig oder mutwillig dem Sog des Finanzkapitalismus ausgesetzt worden sind. Der dramatische Absturz dieses Finanzstils hat den Ruf nach einer stärkeren gesellschaftlichen Einbettung der Finanzmärkte verstärkt. Aber welche Lösungsvorschläge einer ethischen Finanzarchitektur stehen zur Auswahl, damit eine demokratische Aneignung des Finanzkapitalismus gelingt? Leidenschaftliche

Empörung über die fehlende Moral an der Börse oder über Heuschreckenschwärme, die ein profitables Unternehmen nach dem anderen befallen, ist wohl eine politisch unangemessene Reaktion auf die Risiken globaler Finanzmärkte und die angebliche Ohnmacht nationaler Regierungen. Eine ethische Finanzarchitektur baut nicht in erster Linie auf den Spielregeln, also dem tugendhaften Handeln einzelner Akteure auf, sondern auf der Gerechtigkeit und Fairness der Spielregeln, die das Handeln der Menschen anleiten.

Die real existierenden Finanzmärkte und die in regelmäßigen Abständen hereinbrechenden Finanzkrisen sind durch Entschlüsse oder Fehlentscheidungen der Finanzexperten und Politiker verursacht. Folglich sind sie durch einen politischen Willen zu korrigieren. Dieser politische Wille verkörpert sich auf drei Ebenen, auf der nationalen, der supranationalen und der internationalen Ebene. Die isolierte nationale Aktion bleibt ein Notbehelf, die zweitbeste Lösung ist ein verbindliches Abkommen innerhalb des Leitwährungsraums, die optimale Regelung ist eine internationale Vereinbarung.

Isolierte Rettungsaktionen

Jeder kehrt vor seiner Tür ..." So hat der deutsche Wirtschaftsminister Ende September 2008 auf den Wunsch der US-amerikanischen Regierung reagiert, die wirtschaftlich führenden Nationen möchten das mit 700 Mrd. US-\$ ausgestattete Rettungspaket für notleidende Banken finanziell mittragen. Eine solche Reaktion der deutschen Regierung, die auf der Annahme beruht, dass die derzeitige Finanzkrise in erster Linie ein US-amerikanisches Problem sei, mag verständlich sein. Vermutlich geht sie davon aus, dass die Euphorie über das exklusive Investmentbanking in Deutschland bereits abgeklungen sei und die Großbanken selbst sich schon wieder - wenngleich in der Form fragwürdiger Fusionen - dem Privatkundengeschäft zugewandt hätten, bevor das "Aus" der führenden US-amerikanischen Investmentbanken bekannt wurde. Dieses Urteil ist jedoch genauso voreilig wie die Erwartung, dass ein Punktsieg des kontinentaleuropäischen Finanzsystems über das angloamerikanische bereits dessen Absturz eingeleitet und ein multilaterales Regime der vorhandenen Wirtschafts- und Währungsräume sowie der aufsteigenden Schwellenländer die Episode der unilateralen Hegemonie der USA abgelöst hätte.

Aber nicht nur in den USA, sondern auch in Deutschland ist eine Konversion weg vom blinden Vertrauen in die profitable Dynamik des wertpapiergetriebenen Kapitalismus angesagt. Auch in Deutschland haben sich Finanzexperten an Profitraten über 20% berauscht und auf Renditeziele eingelassen, die nur durch spekulative Finanzgeschäfte, nicht durch reale Markterfolge zu erreichen waren. Unternehmen haben ihre kurzatmige Geschäftspolitik in erster Linie am Aktienkurs orientiert und diesen unter dem Druck der Vierteljahresberichte manipuliert. Vergütungssysteme, die sich am kurzfristigen Profit ausrichteten, Aktienoptionen, die flexibel zu realisieren den Begünstigten selbst überlassen blieben, wurden als optimale Leistungsanreize propagiert. Manisch-depressive Finanzepidemien sind nicht als krankhafte Phänomene geächtet worden. Deshalb sind auch die europäischen Länder schneller als erwartet unmittelbar und direkt in die Immobilien- und Hypothekenkrise, die in den USA ihre Wurzeln hat, hinein gezogen worden....und zeitlich verzögert wird die US-amerikanische Finanzkrise alle Länder der Welt treffen. Denn allein aus eigener Kraft stemmen die Vereinigten Staaten die öffentliche Rettungsaktion nicht. Der Wertverlust des US-\$, eine wenig berechenbare Geld- und Finanzpolitik der US-Administration, wachsende Staatsschulden und Leistungsbilanzdefizite werden das reale Wirtschaftswachstum in der Welt negativ beeinflussen. Deshalb ist eine kooperative Reaktion auf die Finanzkrise unverzichtbar.

Kooperative Stabilisierung

Da auch "globale" Finanzmärkte auf die weltwirtschaftliche Triade konzentriert sind, sollten zumindest die Mitglieder der führenden Währungsräume kooperativ vorgehen und gemeinsame Regeln, die der Stabilisierung der Finanzmärkte dienen, beschließen. Dabei sollten drei grundlegende Optionen zustimmungsfähig sein: Erstens sind wie jeder Markt auch die Wertpapiermärkte ein gesellschaftliches, kulturelles Geschehen, das den Normen der Gerechtigkeit und Fairness unterworfen ist. Sie sind von Menschen geschaffen und gesellschaftlich geregelt. Der frühere Bischof von Limburg hat diese Einsicht einmal auf den Punkt gebracht: Im Mittelalter war der Dorfplatz von der Kirche, dem Rathaus, der Schule und dem Krankenhaus umgeben. Ohne diese gesellschaftlichen Einrichtungen hätte es keinen Markt gegeben. Eine solche Einbettung der Wirtschaft in die Gesellschaft gilt ohne Abstriche auch für die globalen Finanzmärkte von heute. Zweitens sollten die Manager der Finanzunternehmen und die Politiker anerkennen, dass Geld, die Geldversorgung und die Geldwertstabilität keine Waren wie Autos, Kühlschränke oder Bahnreisen sind. Die Stabilität der monetären Sphäre und das Bankensystem sind ein öffentliches Gut, das mehr ist als die Summe der Kalkulation von Renditen und Risiken in angeblich privaten Finanzunternehmen. Auch die internationale Finanzwirtschaft untersteht dem öffentlichen Mandat, das Wohl und die Lebensqualität der Weltbevölkerung, vor allem der Armen in der Welt zu mehren. Drittens sollten politische Interventionen nicht in den "Shortismus" verfallen, der für die Akteure an den Wertpapierbörsen charakteristisch war. Sie sollten sich vielmehr vor kurzatmigen, übertriebenen und spektakulären Reaktionen in Acht nehmen. Es darf nicht der Eindruck entstehen, als sei der Staat durch Finanzunternehmen umso eher erpressbar, je größer sie sind und je riskanter sie ihre Geschäfte betrieben haben. Die öffentlichen Rettungspakete sollten keine Aufputzmittel sein, die dazu ermutigen, eine Geschäftspolitik der Verteilung privater Gewinne und öffentlicher Verluste fortzusetzen.

...

Um die Steuerungsdefizite der globalen Finanzmärkte zu beseitigen und drohende Risiken abzuwehren, hatte das "Forum für Finanzmarktstabilität", eine von Hans Tietmeyer angeregte Initiative im Umfeld der Bank für Zahlungsausgleich, nach der Asienkrise 1997 bereits Vorschläge formuliert, wie die Transparenz, Aufsicht und das Management der Kurssicherungsfonds verbessert und die freien Bankzonen in die internationale Regulierung eingebunden werden könnten. Schwellenländer sollten ermächtigt werden, sich gegen die Risiken, die durch kurzfristige Kapitalströme sowie die Außenverschuldung privater Akteure entstehen, durch Kapitalverkehrskontrollen zu immunisieren. Damals wurde unter Finanzexperten auch erwogen, ein Wechselkursband der Leitwährungen zu definieren, an dessen Rändern die Zentralbanken intervenieren, bevor die Kurse aus dieser Zielzone ausbrechen. Informationen über die Devisenreserven eines Landes, die ein Indikator für dessen Widerstandskraft gegen spekulative Währungsattacken sind, sollten standardisiert und zeitnah verfügbar sein. Vergleichbare Kriterien sollten auch für das Verhältnis von Kreditvolumen und Eigenkapital eines Finanzunternehmens verbindlich werden. Zur Vermeidung einer nationalen Überschuldung sollte für Staaten ein internationales Insolvenzrecht eingerichtet werden. Um der Neigung privater Finanzunternehmen, ihre Profite zu privatisieren und die Verluste auf die Allgemeinheit abzuwälzen, einen Riegel vorzuschieben, sollte der Privatsektor stärker in die Krisenprävention, das Krisenmanagement und vor allem die Risikohaftung einbezogen werden.

Die ursprünglich aus einer Immobilien- und Hypothekenkrise in den Vereinigten Staaten erwachsene globale Kredit-, Banken- und Finanzkrise hat Turbulenzen und Beben in der internationalen Finanzwirtschaft ausgelöst, wie sie wohl seit 75 Jahren nicht vorgekommen sind. Trotzdem wird der totale Absturz sowohl des von den Wertpapiermärkten getriebenen Finanzkapitalismus als auch der wirtschaftlich, politisch und militärisch gestützten Hegemonie der Vereinigten Staaten nicht stattfinden. Aber sobald der panische Schock und die hektischen Reaktionen der

Finanzmanager und Politiker abgeklingen sind, wird der kollektive politische Wille erstarken, die exzessiven Funktionsdefizite dieses Finanzkapitalismus einzugrenzen und sowohl innerhalb der großen Währungsräume als auch auf der globalen Bühne verbindliche Regeln zu formulieren, die eine größere Transparenz und wirksame Bändigung eines für humane und soziale Zwecke nützlichen Finanzkapitalismus gewährleisten. Für die situativen Deutungsmuster und normativen Leitbilder, die als "soziale Marktwirtschaft" ausgegeben werden, besteht dann die Chance, dass sie dem Sog eines als destruktiv erfahrenen Finanzkapitalismus entzogen und für die Selbstbehauptung und Selbstdarstellung eines kooperativen, sozial temperierten Kapitalismus herangezogen werden.

Friedhelm Hengsbach SJ ist emeritierter Professor (Dr. oec.) für christliche Gesellschaftsethik an der Philosophisch-Theologischen Hochschule Sankt Georgen, Frankfurt am Main, und war bis 2006 Leiter des Oswald von Nell-Breuning-Instituts. Seine Arbeiten beschäftigten sich unter anderem auch mit der Theorie demokratiefähiger Marktwirtschaften.